

Todesfälle im Internierungslager für illegale Arbeitsmigranten

Der Tod von mindestens 42 Arbeitsmigranten im Internierungslager für illegale Einwanderer Semeniyh und die Vorwürfe von Folter, sexuellen Mißhandlungen, Korruption, Überbelegung und Mangelernährung haben zu Forderungen nach unabhängigen Untersuchungen in allen 9 Lagern im Land geführt. Semeniyh ist das größte Lager, durch welches bisher 46.000 vermeintlich illegale Einwanderer vor ihrer Abschiebung geschleust worden waren.

Nach einem Zeitungsbericht werden dort zur Zeit 1.509 Immigranten festgehalten, davon 903 Indonesier, 417 Bangladeshis und die übrigen aus Indien, Burma und anderen Ländern. 107 seien Frauen. Ein anderer Zeitungsbericht nennt 1.634 Inhaftierte, wovon 789 Bangladeshis die größte Gruppe bilden.

Eine der Regierung vorgelegte Untersuchung über die breit in der Presse berichtet wurde, nennt Einzelheiten der entsetzlichen Bedingungen in den Lagern aufgrund von 250 Interviews mit ehemaligen Lagerinsassen. Sie führt Todesfälle, Fälle von Verprügeln, Mangel an sanitären Einrichtungen, sexueller Mißhandlung von Frauen und Korruption auf. Ex-Gefangene behaupteten, daß sie lediglich zwei Glas Wasser am Tag bekamen und sich Wasser aus der Toilettenspülung geholt haben. Zwei Mahlzeiten pro Tag bestanden aus einer Handvoll Reis und einer winzigen Portion Gemüse. Hin und wieder gab es eine Portion

gesalzene Fisch, die sich 20 Personen teilen mußten. Die sanitären Einrichtungen waren völlig unzureichend.

Frauen berichteten, daß sie sich sexuellen Mißhandlungen unterziehen mußten, um Dinge zum täglichen Leben zu erhalten. Verwandte und Agenten der Arbeitgeber gaben an, daß sie Wachpersonal bestechen mußten, um die Inhaftierten zu sehen oder ihre Freilassung zu erreichen.

Die Todesfälle sind durch *Beriberi*, Versagen verschiedener Organe, Blutvergiftung, Nierenversagen und Magenbeschwerden verursacht und diese Erkrankungen sind alle auf Mangelernährung zurückzuführen. Die zehn bekannten Fälle von *Beriberi* traten bei Arbeitern auf, die sechs und mehr Monate im Lager festgehalten worden waren.

Im Untersuchungsbericht werden eine sofortige unabhängige Inspektion der Lager durch eine königliche Untersuchungskommission gefordert, eine Überprüfung der bestehenden Gesetze zum Import von ausländischen Arbeitskräften, damit internationale Standards bei Arbeitsmigranten eingehalten werden, die Sicherstellung einer angemessenen medizinischen Versorgung und ausreichenden Verpflegung sowie Maßnahmen gegen jegliche Art von Mißhandlungen.

Die Leiterin der Nicht-Regierungsorganisation Tenaganita, Ireen Fernandez, betonte, "Arbeitsmigranten sind Menschen, die mit der Erwartung, ihre Lebenssituation zu ver-

bessern, hier sind und uns helfen, unsere Vision 2020 zu erreichen. Sie müssen hier genauso wie die Malaysier behandelt werden." Die Botschaften Indonesiens, Indiens, Bangladeschs und Burmas haben bisher nichts von den Todesfällen gewußt und haben um Aufklärung beim malaysischen Außenministerium gebeten. Ein indischer Regierungsvertreter forderte eine gründliche Untersuchung. Der Führer der Opposition im Parlament, Lim Kit Siang, forderte die Regierung auf, sofort positive Maßnahmen für die Rechte und das Leben von Arbeitsmigranten zu ergreifen.

Das Innenministerium versuchte anfangs, die Vorwürfe von Mißhandlungen und Vernachlässigungen lediglich den ausländischen Medien zuzuschreiben, die "eifersüchtig auf unseren Erfolg" seien. Der stellvertretende Innenminister, Megat Junid, versicherte dem Parlament noch im Juli, daß er eine Untersuchung eingeleitet hätte und wonach die Vorwürfe unbegründet seien. Aber die überwältigenden Beweise werden wahrscheinlich zu weiteren Maßnahmen durch die Regierung führen. Malaysias Wirtschaftswachstum ist stark von den geschätzten 1,5 Mio. ausländischen Arbeitskräften abhängig.

vgl. NST 30.7., 25.8.95; Sun 27.8.95

Wohnungsmangel in Kuala Lumpur

Nach Angaben eines von der Stadtverwaltung angefertigten Berichts leben mit schätzungsweise 17 % der Bewohner Kuala Lumpurs 190.000 als Squatter, die 7,3 % der Fläche der Stadt besetzt halten. Squatter-Siedlungen sind aus dem Boden geschossen teils aufgrund von Zuwanderungen und teils Verdrängung aus anderen Gebieten, die entwickelt wurden. Bei einer Prognose, daß im Jahr 2000 in Kuala Lumpur 30 % Wohnraum zu wenig vorhanden sein wird, und bei einer weiterhin drohenden Vertreibung durch die Landbesitzer, sieht diese Gruppe einer sehr ungewissen Zukunft entgegen.

vgl. Star 28.8.95

Kurzmeldungen

Fast 70 % der Familien in Malaysia sind heute **Kleinfamilien** (d.h. nur Eltern und Kinder) im Vergleich zu 55 % vor 10 Jahren. Durchschnittlich leben 4,9 Personen in einem Haushalt. Zaleha Ismail, Ministerin für Nationale Einheit und Soziale Entwicklung, stellte fest, daß diese Veränderungen schwerwiegende Auswirkungen auf die Familie haben, insbesondere auf Kinder, die älteren Menschen und die Behinderten. Es müßte alternative Ansätze zur Versorgung ins Auge gefaßt werden, um soziale Krankheiten zu vermeiden. (NST 17.8.95)

Laut Angaben des Weltbildungsberichtes 1993 von UNICEF hat Malaysia mit 21,6 % die **höchste Analphabetenrate** der ASEAN-Ländern. Dazu gehören 2,39 Mio. Malaysier über 15 Jahre. (NST 2.8.95)

Der malaysische Autohersteller **Proton-Saga** will M\$ 817 für eine **zweite Fabrik** investieren. Sie soll 1999 fertiggestellt sein und etwa 100.000 Einheiten im Jahr produzieren.

In Kuala Lumpur gibt es inzwischen **620 Fahrzeug pro Kilometer Straße**. Im Vergleich dazu sind es in Bangkok 695 imd Jakarta 840 und in Singapur 214. Kuala Lumpurs Zuwachsrate ist zur Zeit 11 %. (AW 14.7.95)

Nach Angaben des Handels- und Industrieministeriums wickelt Malaysia mehr als **drei Viertel des Handels mit den Pazifik-Anrainerstaaten** ab. Der Handel mit Ost-Asien stieg im Jahr 1994 um 26 % auf ein Volumen von US\$ 67,9 Mrd an. Das gesamte Handelsvolumen hatte einen Wert von US\$ 96,8 Mrd. (AW 30.6.95)



Leben in den Squattersiedlungen

aus: ALIR Vol. 14, No. 3, 1994, S. 31

Rückschlag für die Oppositionspartei

Die Disqualifizierung ihres Parlamentsabgeordneten Wee Chee Keong, der Tod ihres Abgeordneten P. Pato, mehrere verlorene Gerichtsprozesse und die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments erschweren den Oppositionsparteien zuzunehmen, die Arbeit nach dem bereits schlechten Ausgang der letzten Wahlen im April.

Durch eine bisher noch nie derartig gefällte Entscheidung des Wahl-Gerichts (Election Tribunal) wurde dem gewählten Abgeordneten der Democratic Action Party (DAP) für Bukit Bintang, Wee Chee Keong, aufgrund einer früheren Verurteilung wegen Mißachtung des Gerichts das Parlamentsmandat abge-

setzt wurde. Hingegen bekam Kua Kia Soong von der DAP nicht die Chance, ein sicheres DAP-Mandat in Petaling Jaya zu gewinnen, weil das Gericht aufgrund komplizierter Formalitäten einer Wiedereinsetzung nicht zustimmte. Der Tod des weithin respektierten Abgeordneten der DAP, P. Pato, bedeutet auch eine Nachwahl in Penangs Wahlbezirk Bagan. Er hatte selbst noch auf einen Gerichtsentscheid über eine Anfechtung seiner Wahl durch den BN-Kandidaten gewartet.

Es gab mehr als 20 Anfechtungen der Wahlergebnisse. Die Regierung hat eine vollständige Überprüfung des Wahlgesetzes und der Verfahren angekündigt. Einzelheiten sind noch vage, aber die Verfahren für erneute

Kassim Ahmad unter Beobachtung

Kassim Ahmad, ehemaliger Vorsitzender der Parti Sosialis Rakyat Malaysia (PSRM) und nun Mitglied der malaiischen Regierungspartei UMNO Baru, wird vorgeworfen, sich "anti-Hadith" zu verhalten. Nach Aussagen des stellvertretenden Generalinspektors der Polizei, Sansuri Arshad, steht er unter Polizeibeobachtung und wird nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) behandelt, wenn sein Handeln schädlich für das Land ist.

Als Reaktion auf Befürchtungen über abweichende islamische Lehren – die auch die Unterstützung für die Regierung unter den Malaien schmälern könnte – hat Premierminister Mahathir Mohamad angekündigt, ein Rehabilitationslager für islamische Abtrünnige und Abweichter einzurichten.

vgl. FEER 6.7.95; NST 16.8.95

Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien gefordert

Die malaysische Regierung hat die Vereinten Nationen aufgefordert, das Waffenembargo für die bosnischen Streitkräfte aufzuheben, und angeboten, selbst Waffen zu verkaufen, um das "Recht auf Selbstverteidigung" zu ermöglichen. Auf dem Treffen der Organisation Islamischer Länder im Juni drückte die Stimme Malaysias die wachsende Desillusionierung vieler islamischer Länder und Länder des Südens über die Friedensstrategie der Vereinten Nationen in Bosnien aus und stellte die Forderung nach dem Rücktritt von Boutros Boutros-Ghali.

vgl. FEER 3.8.95

Rückführung vietnamesischer Flüchtlinge

Der endgültige Termin für die Rückführung der vietnamesischen Bootsflüchtlinge im Flüchtlings-Transitlager Sun-gai Besi wurde auf den 30. Dezember dieses Jahres verlegt. Etwa 4.800 Flüchtlinge sind noch in diesem Lager und weigern sich, bei dem freiwilligen Rückführungsprogramm zu kooperieren. Ein Massenausbruch und eine Demonstration am 5. Juni hatten ihren Willen, nicht zurückzugehen, unterstrichen.

Auf dem ASEAN-Außenministertreffen wurde vereinbart, einen gemeinsamen Plan zur Rückführung von etwa 20.000 vietnamesischen Flüchtlingen in den ASEAN-Länder zu erarbeiten. Malaysia hat ein "Ordentliches Rückführungsprogramm" ausgearbeitet, zu dem der Leiter sagte: "Wir erwarten keine zuwiderlaufenden Reaktionen der Flüchtlinge, aber wir sind auf das schlimmste eingestellt und werden entsprechend handeln." Um die Sicherheit zu verbessern, wird weiterhin an den Zäunen, Wachtürmen und der Beleuchtung gearbeitet.

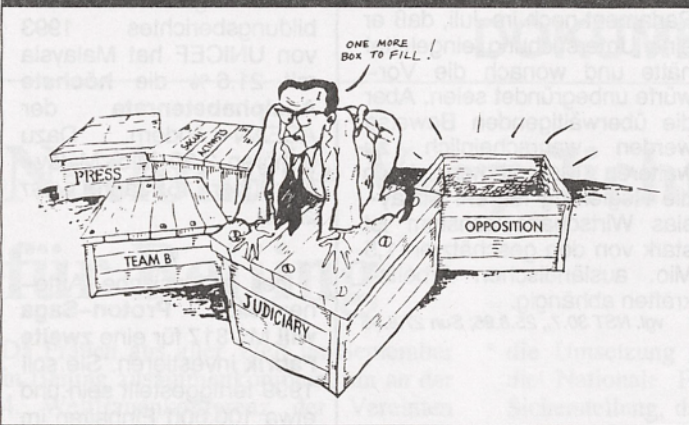
vgl. NST 13.8.95

Kuala Lumpurs Börse: Singapurs Konkurrenz

Finanzminister Anwar Ibrahim hat eine Reihe von Maßnahmen zur Reform und Deregulierung der Börse Kuala Lumpurs angekündigt, um damit eine Grundlage für ihr Wachsen zu legen und Singapur auf den Kapitalmärkten herauszufordern. Sie beinhalten eine Verringerung der Kontrolle ausländischen Besitzes und Beteiligung an Anlageunternehmen.

vgl. FEER 13.7.95

NOW, FOR THE FINAL BLOW



aus: ALIR, Vol. 15, No. 3, 1995

sprochen. Anstelle von Nachwahlen wurde der Parlamentssitz umstrittenweise dem Kandidaten der regierenden Nationalen Front (Barisan Nasional) zugesprochen. Gegen die Entscheidung wurde Berufung eingelegt, aber es gibt wenig Hoffnungen auf ein verändertes Urteil.

Bei weiteren Urteilen haben die Richter Einwände der Opposition gegen Entscheidungen von Beamten im Zusammenhang mit den Wahlen und verschiedene Vorwürfe illegaler Aktivitäten von Barisan Nasional (BN) Kandidaten während der Wahlen zurückgewiesen. Der Führer der Partei *Semangat 46*, Tengku Razaleigh, mußte sich einer Nachwahl in Gua Masang stellen, nachdem sein BN-Gegenkandidat nach Gerichtsbeschluss wiederinge-

Auszählung, die Bestimmungen für die Wahlen und die Kriterien für die Kandidatenaufstellung werden vermutlich vereinfacht werden.

Inzwischen werden neben anderen Veränderungen der Geschäftsordnung des Parlaments die Anzahl der mündlichen Fragen verringert, das Verfahren zur Durchsetzung einer Dringlichkeitsdebatte erschwert und die disziplinarischen Befugnisse des Parlamentspräsidenten erweitert. All diese Schritte wurden von Sprechern der Opposition als weitere Beeinträchtigungen der Möglichkeiten der Opposition zur Erfüllung ihrer Rolle und somit als höchst undemokratisch und inakzeptabel beschrieben.

vgl. FEER 17.8.95; NST 10., 19., 25.8.95

Malaysia

Ein Reader

hrsg. von der Südostasien-Informationsstelle
(= südostasien länderreihe, Bd. 1, 1993)

Artikelsammlung, die Hintergrundinformationen zum
Verständnis der malaysischen Gesellschaft liefert
139 Seiten, DM 12,-

zu beziehen bei der Südostasien-Informationsstelle IM ASIENHAUS,
Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel. (0201) 830 38-18, Fax (0201) 830 38-19